



HAL
open science

Der Ort der Politik

Fabien Jobard

► **To cite this version:**

Fabien Jobard. Der Ort der Politik. Berliner Journal für Soziologie, 2004, 14 (3), pp.319-338. halshs-00005066

HAL Id: halshs-00005066

<https://shs.hal.science/halshs-00005066>

Submitted on 28 Apr 2015

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.



Distributed under a Creative Commons Attribution 4.0 International License

Fabien Jobard

Centre de recherches sociologiques sur le droit et les institutions pénales (CNRS)

"Der Ort der Politik. Politische Mobilisierung zwischen Aufstandsversuchung und Staatsgewalt in einer Pariser Vorstadt ", Berliner Journal für Soziologie (Berlin), 3, 2004, p. 319-338.

In einer kleinen Vorstadt namens Dammarie-lès-Lys, in der süd-östlichen Peripherie von Paris, fanden Ende Mai 2002 zwei Jugendliche während einer Interaktion mit der Polizei den Tod: Xavier Dem (23 Jahre alt) wurde am 21. Mai von einem Polizisten erschossen; Mohammed Berrichi (27) hat nur zwei Tage später, in der Nacht vom 23. Mai, die Kontrolle über seinen Motorroller verloren und starb an den durch den Sturz hervorgerufenen Verletzungen; sein Sturz soll damit zusammenhängen, dass er von einem Polizeiauto "gejagt wurde".

Diese beiden Geschehnisse haben zu einer unerwarteten politischen Mobilisierung geführt. Unerwartet insofern, als dass fünf Jahre vorher, im Dezember 1997, in der gleichen Stadt der Tod von einem 16-jährigen durch den Schuss eines Polizisten zu drei Tagen Aufstand, Plünderungen und Straßenschlachten mit der Bereitschaftspolizei führte (Jobard, 2002, S. 156-163), wie auch schon im Oktober 1993 im benachbarten Ort Melun, wo Gerüchte über den angeblich von der Polizei verschuldeten Tod eines Jugendlichen tagelangen Aufruhr auslösten (Bachmann/Le Guennec, 1993). Im Sommer 2002 gab es weder Straßenschlachten noch ausgebrannte Autos, es gab keine weiteren Toten oder Verletzte, doch das heißt nicht, dass nichts passiert wäre. Im Gegenteil. Diese nur fünf Jahre zurückliegende Erfahrung hätte dazu führen können, dass die beiden Toten 2002 eine ähnliche Situation hervorrufen. Doch diesmal gab es keinen Rückzug aus der Sphäre der öffentlichen Argumentation und Kommunikation und keine anomischen Gewaltaktionen. Diesmal lösten die beiden Toten eine öffentliche, politische, gewaltlose Mobilisierung aus.

Was sind die Bedingungen eines solchen spektakulären Wandels der Handlungsrepertoire? Sind überhaupt Aufstände und Mobilisierungen gleichermassen „Handlungsregister“? In diesem Beitrag will ich zwei Aspekte des politischen Handelns soziologisch erhellen: zum einen die kausalen und deutenden Elemente kollektiven Handelns im Kontext starker sozialer Benachteiligung, zum anderen die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen der Konstituierung einer Öffentlichkeit an einem Ort, der durch die Behörden als Randort definiert wird.

Theoretisches Vorwort : Das eiserne Gesetz des Ortes vs. der Raum der Öffentlichkeit

Der Ort der beobachteten Geschehnisse wird in der französischen Sprache als „Banlieuestadt“ („*ville de banlieue*“, oder auch: „*banlieue*“) bezeichnet. Dieser Ausdruck stammt aus dem mittelalterlichen Stadtrecht: Die Städte am Rande der „*villes*“ wurden rechtlich als „Bann-orte“ („*lieu au ban*“) definiert, so dass deren Stadträte dem Stadtrat der Hauptstadt untergeordnet waren. Obwohl das öffentliche Recht diese Einordnung mittlerweile abgeschafft hat, bilden Banlieuestädte immer noch eine eigenartige Welt. Die Stadt Paris hat im Laufe der 1960er und 70er Jahre Grundstücke in ihrer Peripherie gekauft, um „Schlafstädte“ zu bauen und dort die Arbeiter der Hauptstadt unterzubringen. In der Folge schossen solche Trabantenstädte auf den grossen Brachflächen der alten Banlieuegemeinden aus dem Boden. Dammarie-lès-Lys besteht aus einem kleinen wohlhabenden Zentrum, das seinen Ursprung im XII. Jahrhundert hat, und aus den neueren Betonsiedlungen. Die Bevölkerung von Dammarie wuchs dementsprechend von ca. 12 000 Einwohnern 1965 auf ca. 20 000 Einwohner 1982 Zensus (INSEE, 1999). Als 1968-75 die Betonsiedlungen der Ortschaft „Plaine du Lys“ gebaut wurden, in der die Plünderungen von 1997 stattfanden, nahm die Stadtbevölkerung um 7,3% pro Jahr zu, wobei 80% dieses Wachstums durch meistens aus Algerien, Portugal und Marokko stammende Immigranten entstand (INSEE, 1999, Duprez, 2002, S. 141-149).

Diese Banlieuestädte werden durch drei Haupteigenschaften gekennzeichnet: Einen sehr hohen Anteil an Immigranten und deren Kinder (die alle die französische Staatsbürgerschaft besitzen); einen immensen Abstand gegenüber den durchschnittlichen Lebensverhältnissen in anderen Städten (in Bezug auf Arbeitslosigkeit, Lohn und Besitz); schliesslich ein hohes Niveau an Kleinkriminalität, das sich besonders stark in die öffentlichen Meinung eingepreßt hat, nachdem mehrere Banlieuestädte Anfang der 1980er und öfter noch Anfang der 1990er Jahre kollektive Gewaltausbrüche von Jugendlichen erlebt haben.

Vor allem das letzte Element hat zu einer langjährigen Distanz zwischen den Einwohnern solcher Banlieuestädte und möglichen Beobachtern geführt, seien sie aus öffentlichen Behörden (z.B. dem Institut national de la statistique – s. Tissot, 2004) oder aus der akademischen Welt. Sowohl die permanente und zumindest bis Ende der 1990er Jahre wachsende Kleinkriminalität in diesen Stadtvierteln (Body-Gendrot/Duprez, 2002, S. 95-132, Obergefells-Fuchs et al., 2003), als auch die immer wiederkehrenden kollektiven Gewaltausbrüche scheinen zu einem soziologischen *common sense* der „Banlieue Problematik“ geführt zu haben, in dem die Gewalt der Kernbegriff des Verstehens ist. Die folgende Stellungnahme von Pierre Bourdieu scheint mir in dieser Hinsicht repräsentativ für solche soziologischen Erklärungsversuche zu sein:

[quote aus *Dem Elend der Welt*, Aufsatz von P.B., *La démission de l'Etat*, gleich nach dem Aufsatz von Bourgeois – letzter Absatz des Teiles „Linker und Rechter Hand des Staates“, vor dem Teil „Die Geschichte wiederholen“].

„*S'il y a un effet propre de la cohabitation, il réside dans le fait que dans un tel environnement, personne ne peut soutenir personne (...). Il réside aussi dans cette sorte de surenchère de la violence qui s'engage lorsque les 'petites conneries' (école buissonnière, chapardage, vol de voitures, etc.), souvent conçues comme un jeu ou un défi, ou les brusques explosions de violence collective (...) ouvrent progressivement la voie à l'action d'une petite minorité agissante et organisée : le règne de la bande (...) peut alors s'exercer sur une population atomisée, incapable de se mobiliser collectivement (...)* » (Bourdieu, 1993).

Man kann einem heutigen Gebrauch dieses Bourdieu-Zitats eine gewisse polemische Neigung unterstellen, indem er eine stark konservative

Weltanschauung hervorhebt, die ihren Ursprung zweifellos im durkheimischen Begriff der Anomie hat. Mich interessiert diese Position Bourdieus aber als zeitgeschichtlicher Beitrag zur *Konstitution der Banlieue als eigenartigen Ort spezifischer soziologischer Verhältnisse*. Der Zweck ist ja offensichtlich, die Banlieue als eigenartigen Ort zu kennzeichnen: *Dort* beruhen die gesellschaftlichen Beziehungen auf einer tiefen Anomie (im Durkheimischen Sinne bilden die Einzelnen kein Kollektiv), die folglich nur zu Einzelereignissen führt; *dort* wirke dann die Gewalt immer individuell und wenn in irgendeiner Weise kollektiv, dann auf der Basis kleinmaffiamäßiger Erscheinungsformen; *dort* werden die üblichen gesellschaftlichen Verhältnisse außer Kraft gesetzt. Die individuelle Gewalt wird hier als zentraler Begriff einer Erklärungskette gebraucht, die alle Erscheinungen, von der grundlegenden Einsamkeit der Individuen bis zur Massenkriminalität, erfasst. Eine Reihe begrifflicher Gegenüberstellungen faßt die Argumentation Bourdieus zusammen: Gewalt/Sprache, Anomie/Mobilisierung, atomisierte Individuen/konstituierte Gesellschaft, Bann-Ort/Öffentlichkeit. Nimmt man die klassische habermassche Definition der Öffentlichkeit als Raum der Teilung des Privaten und des Öffentlichen und als Raum des bürgerlichen kommunikativen Handelns (Habermas, 1978), so werden die Banlieues als Orte am Rande der Öffentlichkeit markiert.

Laut einem ungeschriebenen, aber durchaus akzeptierten Gesetz scheitert in den Banlieues jener Vergesellschaftungsversuch: So das eiserne soziologische Gesetz des Ortes. Bourdieus Position ist insofern interessant, als dass sie aus der Anfangszeit der qualitativen soziologischen Untersuchungen über die Banlieueproblematik stammt. Ich sehe sie als nichts anderes als eine durkheimische Formulierung der damals herrschenden und unangefochtenen Meinung über die Banlieue, die sowohl im populären Sinn (Banlieue als Ort der ziellosen Existenz), als auch in der politischen Welt (Banlieue als Ort der Aufhebung der französischen Republik) geteilt wurde. Was hat dann die französische Soziologie mit einer solchen *Doxa* angefangen? Zwei Bestrebungen sind grob zu erkennen. Bourdieus Nachfolger haben sich meist mit *der gesellschaftlichen Konstruktion der Banlieue* beschäftigt, um die sozialen und politischen Kräfte herauszufinden, die zu so einer starken *Doxa* geführt hatten. Sie haben mit Erfolg auf eine gemeinsame Konstruktion der Banlieueproblematik durch die Polizei und die Medien (Bonelli, 2001, Collovald, 2001) oder auf die Zerstörung der jungen Immigrantens-Arbeiterklasse durch den sog. „strafenden Staat“ (Wacquant, 2001) hingewiesen. Andere Soziologen der Bourdieu-Schule haben im Wesentlichen auf die strukturellen Bedingungen der Konstituierung zielloser Jugendgruppen in den Trabantenstädten (von Mauger/Fossé-Poliak, 1983 zu Juhem, 2000) abgestellt. Andere haben in intensiven, langjährigen Feldforschungen die eigentlichen Lebensverhältnisse in den Banlieues untersucht, um die Vielfalt der dortigen gesellschaftlichen Verhältnisse auszuleuchten und die *Doxa* empirisch anzufechten (vor allem.: Duprez/Kokoreff, 2000, Beaud/Pialoux, 2003).

Mein Ziel besteht weder in der empirischen Demonstration, dass es in den Banlieues doch kollektive Lebensformen gibt, noch in der theoretischen Erklärung der gesellschaftlichen Konstruktion der „Banlieue-Problematik“. Es geht hier eher darum, Ereignisse statt Ergebnisse und Prozesse statt Strukturen unter die Lupe zu nehmen, und damit die Methodologie der „*micro-storia*“ anzuwenden (Abbott, 2003, Levi, 1991, Revel, 1989, p. III-XXXIII). Der Grund meiner Präferenz für die Erzählung als Methode ist folgender: Es geht hier um ein Geschichtsereignis, um eine politische Krise auf lokaler Ebene, welche die strukturellen Definitionsbedingungen der Banlieue als politischen Ort ans Licht bringt und gleichzeitig in Frage stellt (Dobry, 1986). Der Untersuchungsgegenstand ist ein Schlüsselereignis, weil die Handlungsrepertoire der Protestierenden die Erwartungen der Geschichtsroutine bzw. die Vorgaben der strukturellen Konfiguration enttäuscht haben: Schlüsselereignisse (*focal*

events') sind Ereignisse, die gesellschaftliche Antizipationen auf ein sehr hohes institutionelles Unsicherheitsniveau bringen (Schedler, 2001, S. 1-22; s. auch Schelling, 1960, S. 53-80 und 111-113; Jobard, 2003b, S. 2-4, und zum Vergleich zwischen zwei Orte der Kontrolle, s. Jobard/Linhardt, 2003).

Darüber hinaus fanden die Geschehnisse an einem Ort statt, an dem die langen Schatten der gewaltvollen Vorkommnisse des Winters 1997 alle Akteure bedeckten. Betrachten wir Dammarie im Mai 2002 als eine politische Arena (Bailey, 1969), in der politische Akteure, öffentliche Behörden, Meinungsführer (hier: die lokale Presse) und „Drittparteien“ (lokale und entfernte Zuschauer, sowohl Einwohner wie Pariser Aktivisten und Journalisten) die Positionen und Rollen wechseln: Einmal auf dem Sand der tatsächlichen Kämpfe, ein anderes Mal auf den Zuschauerrängen. Sinn und Tat werden damit nicht mehr trennbar, so dass jede Handlungsform ihr Ziel nicht nur im taktischen Raum hat, sondern auch gleichzeitig in der Sinnstiftung gegenüber den Meinungsmachern und -empfängern, die auf der Tribune sitzen und dennoch jederzeit auch in die Arena einzutreten drohen, was jeder Appell an die Pariser Aktivisten zeigt. Jede Bewegung („move“ i. S. Goffman, 1969, Schelling, 1960, 5. Kap.) auf der Handlungsebene (jemanden in Gewahrsam nehmen, eine Berufung einzulegen, Molotovcocktails anzufertigen, usw.) spielt sich immer zugleich auf der Ebene der allgemeinen Sinngebung ab. Die Betonsiedlungen der Stadt Dammarie-lès-Lys bilden demnach den Sand der Arena und zugleich die Sinnfläche der verschiedenen Protagonisten. Aufgrund der in Dammarie wegen der Geschehnisse von 1997 besonders prägnanten allgemeinen Doxa wollten die einen die Plattenbausiedlungen als Bann-Ort, die anderen als einen Raum der Öffentlichkeit konstituieren.

Dies führt zur zweiten methodologischen Entscheidung, die Handlungen und den Sinn in der Erzählung niemals zu trennen. Das heißt, dass ich mich nicht auf die oft üblichen Kommentare über den von außen betrachteten Sinn verschiedener Handlungsrepertoire einlasse (wie in den ersten soziologischen Werken über politische Ressourcenmobilisierung, die den „Armen“ die „*mass defiance*“ und die „*disruptive action*“ als einzig mögliche und legitime Protestinstrumente zuerkannten, z.B. bei Piven/Cloward, 1977, S. 37). Ganz im Gegenteil geht es hier um den Versuch einer pragmatischen Soziologie, die auf der Ebene der Akteure deren jeweilige Versuche, durch Handlung Sinn zu schaffen, ans Licht bringt (Boltanski/Chiapello, 2001). Deshalb wird hier die Aufmerksamkeit kontinuierlich auf die interaktionistische Dimension der kollektiven Handlungen gelegt, da sowohl das Handlungsrepertoire als auch die kognitiven Register die Bewegungen der lokalen und staatlichen Behörden jedes Mal mitbestimmen (Goffman, 1969, Gamson/Fireman/Rytina, 1982, Mac Adam, 1998, Benford/Snow, 2000, Cefai/Trom, 2001). Das Augenmerk auf *die kognitiven Rahmen des Protests* ist im Fall dieses lokalen „Protest-Sommers“ insofern gerechtfertigt, weil der Protest selbst vor allem eine nach außen gerichtete Ausdrucksform gewählt hat.

Die kognitive Dimension des da abgelaufenen Kampfes ist sogar der Grundstein des kollektiven Handelns gewesen. Was dieser Mobilisierung zugrunde liegt und sie strukturiert, die Frage der Wahrheit - dessen was geschah - ist. Als der junge Abdelkader Bouziane aus einem Polizeischuss 1997 starb, standen sich zwei „Wahrheiten“ gegenüber: Die Version der Justiz (Notwehr), die Version der Jugendliche (Mord). 2002 wurde von Seiten der Betroffenen, der Familie des Toten, seiner Freunde und denen, die sich politisch einsetzten, das Unwissen über den realen Hergang zum Aufhänger der Mobilisierung. „Alles was sicher ist, ist, dass Mohamed Berrichi tot ist; wie genau es dazu kam, wissen wir nicht, wir wollen es wissen und dafür kämpfen wir - politisch“: mit solchen Worten - oder ähnlichen - beschreiben sich die Akteure der Mobilisierung selbst. Daraus folgt *eine spezifische und neue Sprache der Mobilisierung*, die die erste

Überraschung darstellte und damit den erste Grund meiner Beobachtungen in Dammarie (Teil 1).

Diese neuartige Sprache – und das ist der zweite Aspekt – hat auch zu *einer spezifischen Mobilisierungsform* geführt. Der Tod von Mohamed Berrichi wurde durch den Ort seines Geschehens erklärt: Mohamed Berrichi starb an diesem Tag, weil die konkrete Konfiguration der lokalen Verhältnisse das so wollten. So die Argumentation der Mobilisierung, grob zusammengefaßt. Diese Sprache hat zu einer spezifischen Handlung geführt, die, homolog dazu, auch das lokale und lokalisierte in den Vordergrund stellt und als eine Logik der maximalen Ausnützung der lokalen politischen Verhältnisse beschrieben werden kann. Es geht bei der Mobilisierung darum, auf den habituellen und gängigen Charakter der Willkürlichkeit, mit der die Polizei die Menschen in Dammarie behandelt, an den Pranger zu stellen. Da die Willkür der Polizei nur möglich ist, weil der Ort nicht in der Öffentlichkeit steht, geht es im zweiten Schritt darum, den Ort und was dort passiert, d.h. was dort täglich erlebt wird, in die breite Öffentlichkeit zu katapultieren. Die Logiken des Ortes sind die Ursachen des Todes von Mohamed Berrichi; diese Logiken müssen der Öffentlichkeit zugeführt werden, damit sie gebrochen werden. Die so stark in ihrem Ort verankerte Mobilisierung, die vom Wohnort der Familie Berrichi nicht unterscheidbare Mobilisierung, verfolgt also das Projekt, diesen vom Rande der Stadt, vom Rande der Politik wieder in die Öffentlichkeit zurückzuholen (Teil 2).

Dammarie-lès-Lys wurde dadurch zu *einem politischen Ort*, unbestimmt und stark umstritten. Der auf dieser Basis aufgebauten Interaktion zwischen der Mobilisierung und den lokalen und nationalen Vertretern der institutionellen Politik wird der letzte Teil meines Aufsatzes gewidmet sein (Teil 3).

Die politische Mobilisierung, die ich beschreiben werde, weist auf neue Wege der Politik hin, einer Politik, deren Sprache und Diskurs sich im Verhältnis zur Polizei definiert, einer Politik, die sich in der Ausnutzung der Widersprüche des Alltags erprobt, einer Politik, die aus dem Kampf um die legitime Ortzuschreibung und Raumbenutzung besteht.

I. Die Sprache einer politischen Mobilisierung : Die Aneignung der Unbestimmtheit des Geschehens als Mobilisierungskraft.

Dammarie-lès-Lys ist eine kleine Stadt von 20 000 Einwohnern im Pariser Großraum, die angrenzt an Melun, der Hauptstadt (« Préfecture ») des Départements Seine-et-Marne. Der seit 1983 immer wieder gewählte Bürgermeister, der 50-jährige konservativ-rechte Jean-Claude Mignon ist auch Abgeordneter des Wahlkreises « Melun-Sud », in dem sich Dammarie-lès-Lys befindet. Zwei Viertel stehen wegen den Aufständen von Dezember 1997 ganz besonders im Rampenlicht: die Plattenbausiedlung der « Plaine du Lys » einerseits, und die kleinere Plattenbausiedlung des „Bas Moulins“, wo die Familie Berrichi wohnt. Alles in allem leben in diesen beiden Siedlungen ca. 10 000 Einwohner, unter denen ein sehr starker Anteil von Immigranten, die in den 50er-60er Jahren in den umliegenden Industriegebieten tätig waren und deren als Franzose geborene Kinder in Dammarie aufgewachsen sind. In den 1959 erbauten Gebäuden des Bas-Moulins sind vor allem Marokaner und Algerier unterbracht worden.

Am 24. Mai, an dem nächsten tag nach dem Tode von Mohamed und als Hundertschaften der Bereitschaftspolizei (CRS: Compagnies locales de sécurité) sich in der ganzen Stadt postiert hatten ging ein Trauer- u Protestzug von ca. 150 Leuten von dem Plattenbau der Familie Berrichi zu dem Ort seines Todes. Nach diesem Marsch versammelten sich ein paar Jugendliche der Siedlung, sowie einige Repräsentanten des Vereins « Mouvement immigration-banlieue », um in einer Diskussion, die bis drei Uhr Nacht früh dauerte, die weitere politische Strategie zu bestimmen. Noch während dieses Treffens hinderten Mitglieder der Ansammlung drei Mal jüngere Leute davon, Molotov-Cocktails zu fabrizieren und Waffen für die nächsten Ausschreitungen einzusammeln: Eine politische Mobilisierung war im Gange, die auf jede Gewalt verzichten sollte.

A) Der Kampf um die grammatikalische Form der kausalen Erklärung

Ziel der Mobilisierung : Die Aufklärung des Todesfalles Mohamed Berrichi. In dieser Anfangszeit der Mobilisierung gab es nur eine einzige Version der Umstände des Todes von Mohamed Berrichi, die am 24. Mai von der Staatsanwaltschaft angekündigt wurde. « *MB fut déséquilibré en raison de sa vitesse excessive (...). La vitesse importante du scooter est attestée par une glissade de l'engin, sur la chaussée, sur une trentaine de mètres environ à la suite de l'accident et par un témoin (...) A aucun moment les policiers n'ont fait usage de leur arme de service ni heurté le scooter avec leur véhicule.* ». Und weiter : « *On peut s'interroger sur les raisons qui ont poussé BERRICHI Mohamed à se soustraire au contrôle de la Police. L'intéressé, multi-récidiviste, se savait recherché pour exécuter deux peines d'emprisonnement, l'une de quatre mois et l'autre de trois mois, prononcées par le tribunal correctionnel de Melun pour usage, détention et transport de stupéfiants. Par ailleurs, il a été retrouvé porteur de barrettes de résine de cannabis* ».

Es finden sich zwei Erklärungsniveaus in der Aussage der Staatsanwaltschaft. Die erste ist eine rein "technische" Erklärung des Vorganges der zum Tod geführt hat; sie sperrt das Geschehen in seiner unmittelbaren Faktizität ein. Schnelligkeit, Schutzfreier Kopf, Eckstein am Rande der Strasse, Sturz, Tod. Die zweite Erklärung entspringt der strafrechtlichen Situation des Opfers: die legitime Furcht von der Vollstreckung seiner Strafe und seiner Festnahme wegen Drogenbesitzes bestimmte das riskante Verhalten von Mohamed Berrichi. Fazit: Eine sowohl technische als auch gesellschaftliche Notwendigkeit des Todes, an dessen Verantwortung die Polizei folglich keinen Anteil hat.

Von Seiten der sich in Dammarie Mobilisierten, wurde diese Erklärung bezweifelt, ohne daß ihr jedoch sofort ein alternatives Erklärungsmodell

gegenübergestellt wird. Allerdings wurde eine andere Erklärung gefordert; verstreute Indizien sprachen dafür, daß die Erklärung nicht so einfach ist, wie es die Staatsanwaltschaft behauptet. Es ging um einen Peugeot 205 der Polizei, der den Mohamed absichtlich gestossen hätte und der nie wieder auftauchte. Es ging auch um einen ungestreifter Ford Mondeo sich auch am Tatort befand und der aus einer Seitenstrasse gekommen sein soll und sich absichtlich Mohamed in den Weg gestellt haben, um einen Unfall zu verursachen. Außerdem war ja gar keine richtige Einschätzung der Umstände des Unfalles möglich, da, als Abdelkader und seine Freunde ein paar Minuten nach dem Sturz am Ort ankamen, Polizisten damit beschäftigt waren, den Körper von Mohamed zu bewegen. Auslöser, Anlaß und erster Rechtfertigung der Bewegung wird es sein, Antworten auf diese Fragen zu bekommen.

Die Mobilisierten wussten ganz genau, dass in solchen Fällen die Staatsanwaltschaft über eine quasi *absolute Definitionsmacht* verfügt (über Mobilisierungskämpfe um die legitime Definition der Realität: Dobry, 1986, S. 194-210). Die Mobilisierten sind sich nicht sicher. « La vérité, sagen sie, c'est qu'on n'en sait rien » (Spruch eines Leiters des MIBs am Ort des Unfalles, 6. Juni 2002). Die Wahrheit bestand eben darin, dass man nichts weiß. Daraus entwickelte sich eine politische Sprache, die Sprache der Mobilisierung, die im Gegensatz zur Sprache der Justiz dem Konjunktiv unterworfen war. « Es ist wahrscheinlich, dass ». Dieses Konjunktiv führt zu Interpretationsfragen: Das kommunikative Handeln wird zum Ausgangspunkt der Mobilisierung (Benford/Snow, 2000).

So verästelte sich die Erklärung. Warum soll sich Mohamed Berrichi dem Risiko unterworfen haben? Warum so schnell durch die engen Strassen der Altstadt fahren, wenn es die Polizei der eigenen Stadt ist, die einen verfolgt? Die Unterstützer von Mohamed Berrichi bemühen sich um einen „*Re-Framing*“ der Erklärung. Sie bestreiten keinesfalls, dass Mohamed eine « *personne connue des services de police* » war, also eine Person, die zur Klientel der Lokalpolizei zählte (Über den Begriff der Polizeiklientel bzw. « *police property* »: Lee, 1981, S. 49-83, Jobard, 2003a, S. 423-428). Die Unterstützer kehrten das Argument der Staatsanwaltschaft um. Der Mohamed Berrichi war in der Tat der Stadtpolizei bekannt. Noch am Tage vor seinem Tod war er auf der Polizeistation. An diesem Tag wurde sein dritter Bruder Z. wegen Haschischbesitz festgenommen. Die beiden Brüder Mohamed und Abdelkader (der vierte Bruder saß bis Anfang Oktober 2002 im Gefängnis wegen Teilnahme an einer Drogenhandeln) gingen zusammen mit einem weiteren Freund Daniel zur Polizeistation, um sich über den kleineren Berrich Bruder zu informieren. Sie wurden von einem Streifenpolizist empfangen, der sie darüber informierte, Z. müsse eine Nacht im Polizeigewahrsam verbringen und würde am nächsten Tag entlassen. Während dieser ganz routinemäßigen Unterhaltung sollen drei Zivilpolizisten der *Brigade anticriminalité* aufgetaucht sein, die in einer aggressiven Weise Mohamed und Abdelkader das Recht abstritten, sich in der Polizeistation zu erkundigen. Sie sollen dem ihnen wohl bekannten Mohamed wörtlich mit der schlimmsten Tat drohen haben.

Die gerichtliche Erklärung des Todes ging nicht weiter, als einen Zusammenhang zwischen Schnelligkeit und Beschaffenheit der Strasse zu etablieren. Die Mobilisierungsseite verfolgte die Kausalkette hingegen auf einer anderen Ebene, ohne jedoch von den ‚technisch-kausalen‘ Argumenten der Staatsanwaltschaft Abschied zu nehmen (über die Kausalität als gesellschaftlichen Einsatz im Rahmen Mobilisierungen: Dodier, 1986, S. 251-281 und ferner Latour,). Mohamed Berrichi war ja der Polizei bekannt; weswegen er im Fall einer Verfolgung durch die Polizisten der *Brigade anticriminalité* nichts anderes unternehmen konnte, als lebensgefährliche Risiken hinzunehmen. Der Unfall sei somit auf die Geschwindigkeit des Motorrads zurückzuführen als auch auf das

alltägliche Verhalten zwischen Polizei und Polizeiklientel: Bedrohung und Gegenbedrohung. Damit verankert sich die Erklärung und die Sprache der Mobilisierung in der lokalen Konfiguration des Verhältnisses Polizei/Polizeiklientel. So ist es genau dieses Verhältnis, das zum Gegenstand der Mobilisierung wurde.

B) Eine von der Rechtssprechung produzierte politische Sozialisierung

Die Sprache der Mobilisierung beruht auf dem Konjunktiv. Die der Justiz auf dem Indikativ. Der Indikativ: « So ist es geschehen ». Der Konjunktiv: « Das hätte anders passieren können ». Wie begründet sich eine solche Behauptung ?

Hierzu muss die *primäre politische Sozialisierung* der Akteure in Betracht gezogen werden, im Sinne der Formationen und Transformationen ihrer Meinungen und Vorstellungen der Politik (also i. S. Hyman, 1959 und Lagroye, 2004, zu allgemeineren Studien, oder Hoggart, 1957, 3. Kap., zu ersten Untersuchungen bei besonders benachteiligten Bevölkerungen). Im Fall des Todes von Abdelkader Bouziane 1997 stellten alle vom Richter verordneten Expertisen (sowohl Leichenuntersuchung wie auch Schusswaffenexpertise) fest, dass der Polizist, der geschossen hatte, diese Tat nicht aufgrund von Notwehr begangen hatte. Dies bestätigte auch die Staatsanwaltschaft. Trotzdem wurde der Polizist freigesprochen. Diese Entscheidung wurde im Dezember 2001 nach einer 5-jährigen Auseinandersetzung mit der Justiz ausgesprochen. Diese fünf Jahren stellten für viele der heutigen Mobilisierungsleader der Zeitablauf ihrer politischen Sozialisierung dar, und das in zwei Hinsichten.

Zum einen haben viele der Aktivisten das Justizverfahren mehr oder weniger intensiv verfolgt. Nach den Ausschreitungen 1997 haben sich mehrere Jugendliche von Dammarie-lès-Lys der Organisation der « Mouvement Immigration Banlieue » angenähert (zur Vorgeschichte und Gründung des Vereins: Abdallah, 2000; zum politischen Umfeld der Immigrant*innen „zweiter Generation“ in Frankreich: Cesari, 1998, Juhem, 2001, S. 131-153). Dieses Verein wurde 1991 besonders bekannt, als nach dem Tod von zwei Jugendlichen (Aïssa Ichich und Youssef Khaïf) und eine Polizistin (Marie-Christine Baillet) ganze Plattenbausiedlungen der Stadt Mantes-la-Jolie geplündert wurden, die im Grossraum Paris den Ruf hat, die größte Plattenbausiedlung Europas zu behüten. Die MIB Organisation, deren Leitspruch « Polizei überall, Justiz nirgendwo » ist, versucht in jeder Stadt präsent zu sein, wo ähnliche Ereignisse stattfinden: Toulouse, Strasbourg, Lille, Asnières, Grigny, usw. Und so kam die MIB Organisation 1997 nach Dammarie-lès-Lys. Die Aktivisten aus dem Jahre 2002 hatten sich in ihren letzten fünf Jahren überhaupt erst im Zusammenhang anhand gerichtlicher Entscheidungen politisiert. Über hundert Jugendliche von Dammarie fuhren z.B. im Dezember 2001 in dem Bus von der MIB nach Orléans, wo die Berufungsinstanz dem Polizisten den Freispruch gab. Einige von den Anführern der Mobilisierung waren im September 2001 am Aktivistencamp der MIB tätig, das vor dem Gericht von Versailles installiert wurde, als der Polizist, der 1991 Youssef Khaïf erschoss, freigesprochen wurde. Als am 24. Juni der Jugendklub von einer riesen Polizeintervention geräumt wurde, wurde auch in Dammarie-lès-Lys ein Aktivistencamp etabliert, diesmal vor dem Plattenbau der Berrichi Familie.

Die politische Sozialisierung, also genauer gesagt *das Erlernen politischen Handelns* ist bei den Jugendlichen von Dammarie-lès-Lys *von der Rechtssprechung über tödliche Polizeigewalt nicht zu trennen*. 1997 löste die Eindeutigkeit der Erschießung von Abdelkader Bouziane drei Tage Aufruhr aus. 2002 löste der umstrittene Tod von Mohamed eine Mobilisierung aus, die als erstes Ziel die Justiz und ihr Monopol der Rechtssprechung *durch ein öffentliches Verfahren anfechten* wollte.

Diese politische Sozialisierung, die eine Art *Verinnerlichung der Rechtsprechung über Polizeigewalt* ist, erlaubte den Aktivisten mehrere Versionen über den Tod von Mohamed und deren Ursachen zu entwickeln, die alle mit den konkreten lokalen Beziehungen zu der Polizei zu tun haben sollten. *Der Ort des Geschehens wurde damit der eigentliche Gegenstand der Mobilisierung.* Nicht der Tod von Mohamed, nicht die mögliche strafrechtliche Verantwortung der Polizisten waren Ziele der Mobilisierung. Sie waren lediglich der Anlass. Die lokale Konfiguration, die ein solches Ereignis produziert hat, war Gegenstand der Mobilisierung.

Das Mobilisierungsziel war aber auch eng mit dem Verlauf der individuellen und strafrechtlichen Laufbahnen der Mobilisierte verbunden, wie ich es jetzt erklären werde.

C) Strafrechtliche und politische Karrieren der Mobilisierte

Wer waren die Plünderer von 1993 und 1997? Wer sind die Aktivisten von 2002? Die Gleichen. Nur sind sie ein paar Jahre älter geworden. Was haben sie 1993 und 1997 als mögliche Handlungsregister zu ihrer Verfügung gehabt? 1993 und 1997 waren sie ungefähr zwischen 15 und 25 Jahre alt (A. Bouziane war damals 17). Sie waren politisch unerfahren, strafrechtlich erprobt. Freunde und Unterstützer von Abdelkader Bouziane waren zwar die gleichen wie die von Mohamed Berrichi; jedoch nicht zum selben Zeitpunkt ihres Lebens. Es geht hier vor allem um *die Verhältnisse zwischen persönlicher Laufbahn und kollektiven Handlungsregistern* (dazu Mc Adam, 1986, S. 64-90 und 1998).

In diesem besonderen Zeitraum, der jeden als die Transitionsperiode von der Jugendliche zu der Erwachsenenwelt gilt, haben die Mobilisierungsführer vor allem die Ausgrenzung aus dem Schulsystem, das Pendel zwischen Teilzeitarbeit und längeren Arbeitslosigkeit, die Gefährdung deren physischen Existenz (drei von den sind wegen Motorrad- oder Autounfälle als teils oder ganz arbeitsunfähig erklärt) und letztendlich kurze aber häufige Gefängnisstrafe erlebt. Das heißt, das die Opportunitätskosten des Gewaltgebrauches waren 2002 deutlich höher als 1997 (keiner von den wurde im Übrigen vor 1998 strafrechtlich verurteilt). *Die strafrechtliche Erfahrung, die bei unseren Mobilisierungsunternehmern untrennbar eine politische Sozialisierung definiert, bestimmt die genaue Einschätzung der kollektiven Gewalt (zur Umstellung der Soziologie des Gefängnisses auf eine Soziologie der Gefängniserfahrung, s. Chantraine, 2003, S. 363-388, und ferner Castel, 1989).*

Anfang 90er war zugleich die Zeit der ersten Erfahrungen dieser Kinder maghrebinischer Einwanderer auch die Zeit, als die Vorfälle vom 17. Oktober 1961 unter Maurice Papon bekannt wurden. 1991 fanden die Ereignisse von Mantes-la-Jolie statt und die MIB Bewegung wurde gegründet, deren politischen Identität darin besteht, eine geschichtliche Kontinuität der Immigrantenkongflikte in Frankreich zu gewährleisten, vom Algerienkrieg hinaus bis zur Banlieueproblematik.

Moi, la police, la police d'occupation, j'en ai souffert, mais pas autant que tous ceux qui se sont fait charger pour des hold-ups qu'ils n'avaient pas commis, tous ceux qui se sont fait tabasser dans les fourgons, « faire des tours de manège », ils appellent ça, tous ceux qui ont du manger à la paille pendant quinze, vingt jours. Mais tout ça, c'est rien. Rien par rapport à ce que nos parents ont vécu. Leur souffrance, on n'en parle pas, même pas en famille. Mais la cicatrice est là. Ce qu'on fait aujourd'hui, c'est un peu ce qu'ils auraient du faire. Sauf que nous, on est français, on est né ici, c'est chez nous. On sait lire. On connaît l'histoire. Nous, on est prêt à pardonner. Mais pas à être amnésiques. Nos parents, ils ont encore peur. Même de l'action qu'on mène aujourd'hui. Mais on doit continuer.

Diese zeitlich bestimmte Anknüpfung der persönlichen Laufbahnen und der

gesellschaftlichen Verhältnisse im Feld der Immigrationsgeschichte ist dann der letzte Element, der zur Politik, nicht zur Gewalt führt. *Politik wird gemacht, als Ausübung von Rechten und Handlungsformen, die den Eltern verhindert waren.* Bürgerkrieg wäre unter solchen Umständen anachronistisch und dem kollektiven Gedächtnis gegenüber verräterisch.

II. Der lokale Jugendklub als Kristallisationspunkt der politischen und der polizeilichen Auseinandersetzungen

Im bisherigen Teil habe ich versucht, zu definieren, inwieweit die unmittelbare politische Sozialisierung der Aktivisten die Definition ihrer Handlung bestimmt hat und inwieweit die Definition der Situation, die von der Justiz abgegeben wurde, in der Sprache der Mobilisierung umgekehrt und sowohl als Waffe gegen die Justizposition wie auch als Öffnungsweg hinein in die Politik ausprobiert wurde.

Nun möchte ich Einzelereignisse untersuchen, die als Teil der Mobilisierungskämpfe stattgefunden haben und die zur Schaffung einer eigenartigen politischen Geographie beigetragen haben, also einer politischen Geographie, die sich zwischen Wohnort und Öffentlichkeit abspielt.

A) Die Auseinandersetzung um das Vereinslokal von Abdelkader Berrichi

Weil er plötzlich der älteste seiner Geschwister wurde, weil er auch der Leiter von einem Sozial- u. Kulturverein ist, der nach den Ausschreitungen von 1997 gegründet wurde, ist der Bruder von Mohamed Berrichi, Abdelkader, einer der Hauptanführer der Mobilisierung geworden. Von daher wurde der Verein auf einmal zum Zentrum der Mobilisierung, die sich jetzt aus pragmatischen Gründen umso mehr im Ort des Geschehens verankerte.

Das Ziel des Vereins (so steht es in dem Mietvertrag, der mit der Hausverwaltung unterschrieben wurde) bestand darin, das gesellschaftliche Leben im Plattenbau zu fördern: Schulhilfe für die Kinder und sozio-kulturelle Projekte (Hip-Hop Projekte usw.). Der in einem engen 35qm-Fahrradschuppen des Plattenbaus angesiedelte Verein hat minimale Ressourcen: ein Dach, einen Kühlschrank, einen Computer und einen Drucker, und letztendlich einen Kopierer.

In dem Lokal wurden einst Plakate und Spruchbänder gelagert. Nach einer Demo am 27. Mai wurden sie auf der Fassade des 15-stöckigen Hauses aufgehängt. Sie nahmen beleidigende und provozierende Positionen gegen die lokale Polizei ein oder verehrten die beiden Gestorbenen („Fickt die Polizei“, „Dich, Léon, vergessen wir nicht“, „Frankreich: Weltmeister der Polizeiübergriffe“, „Polizei: Mörderin, Justiz: Mittäterin“, „Polizei überall, Justiz nirgendwo“). Die Gewerkschaft der Streifenpolizisten hatte aufgrund dieser Plakate am 13.6 einen Protestmarsch gegen die Nichtintervention des Staates gegenüber so spektakulären und polizeifeindlichen Parolen angekündigt. Der Plattenbau stand rasch im Mittelpunkt der politischen Frontlinie und verkörperte in der politischen lokalen Landschaft einen politischen Widerstand, der sich immer mehr von der Thematik der Verhältnisse zur Polizei distanzierte und sich auf breitere politische Themen ausbreitete.

Unter anderen Initiativen sollte z. B. am 12. Juni sollte eine öffentliche Kundgebung stattfinden, die jedoch per Bürgermeistererlass verhindert wurde, wegen « den lokalen Umständen, die mit dem seit drei Wochen festgestellten Unsicherheits- u. Spannungsklima in der Stadt verbunden sind ». 200 Polizisten formierten sich an diesem Abend rund um den Plattenbau.

Am 22. Juni leitete der Bürgermeister von Dammarie-lès-Lys das jährliche Fest, während dessen A. Berrichi und weitere Mitglieder des Vereins das Wort kurz ergriffen, ohne jedoch dazu eingeladen worden zu sein. Hi-Fi Geräte wurden in der gleichen Zeit aus dem Festgelände geraubt. Der Bürgermeister kündigte am Sonntag an, « *des représentants des associations Bouge qui Bouge et Mouvement immigration-banlieue [qui] ont perturbé la fête de la Plaine-du-Lys durant laquelle du*

matériel de sonorisation a été volé ». Eine Nacht später wurde ein Anschlag gegen das « offizielle » Kultur- u. Jugendzentrum der Plattenbausiedlung begangen, das einst vom Bürgermeister und dem damaligen Premierminister Edouard Balladur eröffnet wurde. Der Bürgermeister, der Staatsanwalt und der Stellvertreter der Regierung (« Préfet ») halten am Tag danach eine Pressekonferenz, in der der Préfet meinte, « *inacceptable qu'un petit groupe de personnes s'arrogent le droit de vouloir faire la loi par la peur et tentent de soumettre la population d'un quartier à des pressions fortes, avec visiblement l'intention d'y conquérir un territoire pour y établir un trafic* » und kündigte die Herstellung einer sog. „GIR“ in dem Département vor Ende der folgenden Woche an.

GIR sind nach einer Verordnung des neuen Innenministers Nicolas Sarkozy neue Interventions- und Untersuchungseinheiten, deren Auftrag darin besteht, an bestimmten städtischen Brennpunkten die Präsenz und Autorität des Staates wiederzuerstellen und lokale kriminelle Netzwerke zu beseitigen (Lissouck, 2004). Am 24. Juni um ca. 6.30 Uhr früh stürmte eine GIR Einheit den Plattenbau. 250 bewaffnete Polizisten und ein paar vermummte und schwer bewaffnete SEK Polizisten verfolgten drei Maßnahmen: Identitätsfeststellungen bei allen Bewohnern, Räumung und Plünderung des Jugendklubs von K. Berrichi und ganztägige Abriegelung des Plattenbaus. Außerdem machte ein von der Hausverwaltung gesandter Gerichtsvollzieher die Eilkündigung des Mietvertrages des Vereins bekannt. Diese massive und recht beeindruckende Intervention wurde am 10. Juli von dem Innenminister auf dem nationalen Sender France 2 mit dem Argument gerechtfertigt, dieser Ort innerhalb von Dammarie-lès-Lys wäre längst eine rechtslose Zone, in die weder die Polizei noch die Gendarmerie sich hineintrauten und wo die Herrschaft des Staates und die Ruhe der Bewohner wiedergestellt werden sollte.

Die Kündigung des Mietvertrages des Vereins wurde vom Gericht von Melun als rechtmäßig erklärt. Ein Zelt wurde am Fuß des Plattenbaus errichtet, das zum Zentrum der Mobilisierung wurde. Eine große politische Kundgebung sollte am Samstag, dem 6. Juli anlässlich des 40. moslemischen Trauertages zum Tod von Mohamed Berrichi gegeben werden. Erneut verhinderte der Bürgermeister durch eine entsprechende Verordnung die Kundgebung. An dem Freitag, also am Tag vor der Kundgebung, wurde Abdelkader Berrichi in Polizeigewahrsam genommen, da er ein paar Tage zuvor einen Polizisten beleidigt hatte (ich komme später auf diese Beleidigung zurück). Nach einer telefonischen Verhandlung zwischen einem Vertreter des Vereins und der Préfecture wurde Kader aus der Polizeizelle entlassen. Die politische Kundgebung fand dann statt, obwohl eine massive Präsenz der Bereitschaftspolizei die Jugendlichen davon abhielt, die Kundgebung auf dem Hauptplatz der Plattenbausiedlungen abzuhalten. Die Kundgebung, die ca. 250 Leute versammelte, fand vor dem Zelt am Fuß der Bas-Moulins Siedlung statt.

Der Verein hatte gegen die Entscheidung des Gerichtes bezüglich der Eilkündigung des Mietvertrages Berufung eingelegt. Am 18. Juli gab die Berufungskammer von Paris dem Verein Recht und hob die Kündigung auf. Am 27. Juli wurde das Vereinslokal durch Brandstiftung total zerstört. Zwei Anzeigen « gegen Unbekannt » wurden erstattet: Die eine vom Vereinspräsidenten Abdelkader Berrichi, die andere vom Präsidenten der Plattenbauverwaltung.

B) Die Aufdeckung der politischen Geographie von Dammarie-lès-Lys

Aus diesem dichten Ereignisnetz möchte ich zwei kurze Folgerungen ziehen, die die Verhältnisse Wohnort/Öffentlichkeit beleuchten und darüber hinaus auf die politischen Eigenschaften der Banlieue hinweisen.

a) Die juristischen Mittel, die vom Bürgermeister angewendet wurden, sind

klassische verwaltungsrechtliche Mittel, die alle im Zusammenhang mit dem legitimen Gebrauch des gemeinnützigen Raums stehen. An der Schnittstelle zwischen Wohnort und Öffentlichkeit steht der *gemeinnützige Raum*, über dessen Gebrauch vom Bürgermeister unter der möglichen (und immer zeitlich verzögerten) Kontrolle des Verwaltungsgerichtes entschieden wird.

Dazu zwei Bemerkungen :

- Es muss daran erinnert werden, dass vorbeugende Verhinderungen von Versammlungen in Frankreich sehr selten stattfinden – meistens betreffen sie nur unerlaubte Kundgebungen von Ausländern anlässlich von Besuchen ausländischer Staats- u. Regierungsvertreter (beispielsweise Kurdendemos gegen den Besuch vom türkischen Premierminister – Fillieule, 1997). Was normalerweise in Frankreich *Ausnahme* ist, wird in der Plattenbausiedlung von Dammarie-lès-Lys zur *Routine*. Was sich in der Regel in Frankreich nur auf Ausländer beschränkt, richtet sich in den Plattenbausiedlungen von Dammarie gegen dort geborene französische Staatsbürger, die der zweiten Einwanderergeneration angehören.

- Diese Auseinandersetzungen um den Verein von Abdelkader Berrichi fassen in den kultur- und jugendpolitischen Kämpfen, die seit 20 Jahren in der Stadt stattfinden. Auf der einen Seite : das Kulturzentrum des Bürgermeisters, das schon 1997 geplündert und 2002 wieder angegriffen wurde ; also der *Kristallisationspunkt der Bürgermeisteransprüche auf die Plattenbausiedlung*. Auf der anderen Seite : *der Anspruch auf Selbstbestimmung in der Plattenbausiedlung* durch den Verein von Kader Berrichi.

Von daher wird der gemeinnützige Raum zum Raum der politischen Mobilisierung. Es geht hier nicht etwa um die Republik als symbolischen Ort der Politik, sondern um den Wohnort als möglichen Bestandteil der Öffentlichkeit (zur Ortbestimmung der Fremden in dem öffentlichen Raum : Waldenfels, 1997).

b) All die kryptischen Auseinandersetzungen um den Mietvertrag des Vereins verweisen ganz klar auf *die politische Geographie von Plattenbausiedlungen des Pariser Großraums*. Dammarie-lès-Lys kann in dieser Hinsicht keineswegs mit ganz nah an Paris liegenden Vorstädten verglichen werden (wie St Denis, Aubervilliers oder Bobigny), weil diese Gemeinde miteinander eng verbunden und vernetzt sind. Jugendliche der Plattenbausiedlungen von nah an den Grosstädten liegenden Vororten müssen nicht Dutzende von Kilometern fahren, um Freunde zu treffen oder Geschäfte zu betreiben. Jugendliche in Dammarie-lès-Lys hingegen schon. War es dann ein Zufall, als 1997 der 16-jährige Abdelkader Bouziane am Steuer seines Autos 15 km von zuhause entfernt unter dem Schuss des Polizisten starb ? Auch kein Zufall war es, dass Abdelkader Berrichi am Tag vor seiner Festnahme im Krankenhaus in Paris lag, um sein Gehirn wegen eines alten Autounfalls röntgen zu lassen ? Samir Baloudj, der mit der Préfecture die Freilassung von Abdelkader aushandelte, wurde seinerseits 2004 amtlich als 80% arbeitsunfähig erklärt und darf daraus keine handwerkliche Tätigkeit mehr ausüben, ebenfalls wegen eines ca. zehn Jahre zurückliegenden Autounfalls. Der Stiefvater von Abdelkader Berrichi starb Ende Juni 2002, auch wegen eines Autounfalls, wie auch sein Neffe im April 2003... Faudil Ziani (s. später), der 2004 zum ersten Mal sein Strafgeld wegen Angriff gegen einen Polizisten während den 1997er Aufständen endlich ausbezahlt hatte, beging am 20. September 2003 in der Kurve am Fuß des Bas-Moulins einen sterblichen Unfall am Steuer des Autos seines Bruders (deren damaligen Freundin in einem Autounfall ein paar Jahre zuvor vor seinen Augen auch starb) und wurde am 20. Juni 2004 wegen des durch das August 2003 „Sarkozy Gesetz“ neu eingeführten „unwilligen Mordes unter Einfluß einer psychoaktiven Substanz“ (er habe in der Nacht zuvor „zwei bis drei Joints“ geraucht) zu 18 Monaten Strafvollzug (unter denen 14 auf Bewährung) verurteilt... Die individuellen Schicksale der Teilnehmer an der Mobilisierung sind dann sehr stark mit der räumlichen Isolierung der Plattenbausiedlungen verbunden.

Die Zersplitterung der Lebensräume der Jugendlichen in den Plattenbau steht im krassen Gegensatz zur dichten Vernetzung der lokalen politischen Herrschaft. Alle 9 Abgeordneten des Départements stammen aus der UMP-Partei. Der

Bürgermeister von Dammarie ist auch Abgeordneter seines Wahlkreises Melun-Sud, einer Sammlung von kleinen bürgerlichen Städten, die auf die Stimmen der voneinander abgekoppelten Plattenbausiedlungen verzichten kann. Der Leiter der Plattenbauverwaltung ist Parteifreund von Jean-Claude-Mignon und Bürgermeister der nahe liegenden Stadt « La Rochette ».

Räumliche Zersplitterung einerseits, dichte politische Vernetzung andererseits. Risikoreiche Anpassung an die Geographie einerseits, räumlich übergreifende politische Herrschaft andererseits. So wird *die politische Kartographie* der Alltagsgestaltung in solchen Banlieues bestimmt. Deswegen konzentriert sich die Mobilisierung auf den eigenen Wohnort als Teil der Öffentlichkeit, im Kontrast zu den Netzwerken der politischen Herrschaft.

Deswegen neigen alle polizeiliche und politische Gegenmaßnahmen dazu, diesen Wohnort vom Rest der Stadt und darüber hinaus von der Öffentlichkeit abzukoppeln.

III. Delegitimierungsversuche : Die Verlagerung des Wohnortes ins religiöse Jenseits und in den Ausnahmezustand

Ich möchte jetzt zwei besondere Ereignisse tiefer analysieren. Beide wurden von dem Stellvertreter der Regierung (dem Préfet) beschlossen, eventuell auch von der Regierung selbst. Im ersten Fall geht es um den angeordneten Besuch von offiziellen muslimischen Organisationen, der von den Aktivisten stark abgelehnt wurde. Das zweite Ereignis ist der schon erwähnte Einsatz der Sondertruppe GIR am 24 Juni.

Ersteres ist insofern interessant, als dass es auf die räumliche Politik der Regierung und des Bürgermeisters hinweist. Letzteres weist auf die Gegenüberstellung von Alltag und Ausnahme in der Durchführung polizeilich-repressiver Strategien hin.

A) Religion als politische Waffe : Der Besuch der muslimischen Organisationen.

Fünf Tage nach dem Tod von Mohamed Berrichi fuhren einige muslimische Vertreter zum Vereinslokal, an dessen Türschwelle Mohameds Vater damals jeden Tag stand. Der Leiter der Moschee von der Stadt Evry (i.e. die best empfundene bei den in Frankreich geborenen Moslems), ein Stellvertreter der sog. „Grossen Moschee“ von Paris (2002 noch Hauptsitz des vom Innenministerium „anerkannten“ moslemischen Kults, eigentlich unter dem Einfluß der algerischen Botschaft) und Vertreter des Zentralrats der Muslime kamen auf den Vater zu, um ihm das Beileid der muslimischen Gemeinschaft mitzuteilen. Herr Berrichi war recht eingeschüchtert und geehrt, solche Prominenten zu begegnen. Faudil Ziani, alter Freund der Berrichi Familie, enger Freund von Mohammed (die beiden haben zusammen das Autounfall des Letzteren erlebt) und Mitglied des MIBs, kam aber zu den Vertretern und meinte, sie hätten hier nichts zu suchen. Erstens verfügten die Muslime von Dammarie über ihre eigene Moschee, die sich um die Seele von Mohamed gekümmert hätte. Von daher solle die Trauer eine Privat- u. Familiensache sein, und keine öffentliche. Was öffentlich sei, meinte Faudil Ziani weiter, seien die politischen Auseinandersetzungen um die Verantwortung der Polizei und der Stadtpolitik. Und übrigens, fügte er hinzu, sei kein Vertreter der katholischen Kirche zu der Familie von Xavier Dem gesendet worden. Die muslimischen Prominenten gingen gleich wieder zurück ins Auto und fuhren ab.

Ein paar Tage danach empörte sich der Leiter der Evry Moschee, Khalil Merroun, darüber, dass die Familie von Leuten als Geisel genommen wird, die jeglichen Dialog ablehnen. Später liess J.-Cl. Mignon in einer Presseerklärung wissen, dass die Aktivisten des Vereins « *petits terroristes de quartier* » wären, nämlich « kleine Grüppchen, von der MIB und dem Verein umschlossen, deren Hauptziel darin liegt, jede Polizei- u. Staatshandlung zum Scheitern zu bringen, um ihre kriminellen Tätigkeiten unbestraft fortführen zu können“. Am 16. September wurde vom Präsidenten des Vereins, Abdelkader Berrichi, gegen den Bürgermeister Anzeige wegen Verleumdung erstattet, und das Verfahren wurde Juni 2003 eingeleitet.

Der Besuch der religiösen Verteter und die Definition der Aktivisten als Terroristen müssen hier kurz analysiert werden, da sie auch in der räumlichen Problematik verwurzelt sind.

- a) Die Auseinandersetzung um den Empfang der Religionsvertreter durch die Familie Berrichi weist auch auf die politische Sozialisierungskluft zwischen der ersten und der zweiten Generation muslimischer Immigranten hin. Die Ablehnung des Besuches kann auch als *einen Anspruch auf Selbstbestimmung und Würde* gegenüber der Passivität und Gehorsamkeit der Eltern gesehen werden (zu dieser Generationenfrage unter den Arabern in Frankreich, s. Kepel, 1991, der immer

noch als eine der besten Untersuchungen gilt).

b) Über *den Gebrauch der Religion als Entpolitisierungsinstrument* eines lokalen politischen Konfliktes brauche ich nicht weiter zu reden. Interessant ist aber zu bemerken, dass der angeordnete Besuch im Kontext des 10-jährigen Kampfes um den Bau eines Gebetshauses in Dammarie-Melun steht. Der Verein « *Association des jeunes musulmans de Melun* », der auch an der Mobilisierung beteiligt war, hat jahrelang gegen den Gemeinderatswillen für einen eigenen Gebetsort gekämpft. Der Tod von Mohamed Berrichi und die damit zusammenhängende Mobilisierung hatte also bereits eine religiöse Komponente, allerdings wiederum eine sehr lokale, auf die die versuchte Einflussnahme des religiösen Establishments fremd wirken musste. Deswegen wurde unerwarteterweise dieser religiöse Aspekt in die ursprünglich gegen die Polizei gerichtete Mobilisierung integriert.

c) Diese Dimension haben Jean-Claude Mignon und Khalil Merroun ihrerseits sofort auf die Terrorismusproblematik bezogen (Cesari, 2002). Junge, städtische, benachteiligte Arbeitslose, die ihre Gruppenidentität mittels eines selbstbewussten Islams bilden wollen? Deren politische Modelle stammen sicherlich nicht von hier, sondern werden von anderen politischen Kontexten geprägt: z.B. von denjenigen der radikalen Hezbollah und der Hamas Kämpfer in Palästina. Dazu erinnern sich die Behörden daran, dass die Aktivisten von Dammarie während der Geschehnisse von Dschenin ein paar Monate vor dem Tod von Mohamed Berrichi die Autobahnausfahrt stundenlang blockiert hatten. Sie hatten auch einmal Aufsehen erregt, als sie eine Sitzung des Gemeinderats von benachbarten Melun gestört und von den Abgeordneten eine Schweigeminute wegen Dschenin verlangt hatten. Mit dieser Argumentation wurde *die politische Mobilisierung aus der Plattenbausiedlung in den Nahen Osten verlagert*.

d) Man soll aber nicht außer Acht lassen, dass der Terrorismusverdacht eine immer wiederkehrende rhetorische Figur der Diskurse des Abgeordneten J.-C. Mignon ist. Schon während der 1993 Plünderungen in Melun hob er ausdrücklich hervor « *les agissements d'officines comme le FIS qui, sous couvert d'associations, infiltrent les quartiers paisibles pour y manipuler les jeunes et les inciter à la haine, voire au terrorisme comme cela a été le cas dans mon département de Seine-et-Marne au cours des derniers jours* ». Die *Einschreibung des lokalen Konfliktes in den internationalen Terrorismus* ist selbstverständlich eine politische Strategie, die dem seit 1983 amtierenden Bürgermeister dazu dient, aus der Plattenbausiedlung auf die Ebene der Nationalpolitik zu klettern. Aus dieser Perspektive erscheinen der Einsatz der Sondertruppe GIR am 24. Juni und die Stellungnahme des Innenministers Nicolas Sarkozy am 10. Juli als entsprechende Belohnungen der politischen Strategie des Abgeordneten und der Lokalbehörden.

B) Ausnahmezustand als Alltag : Die polizeiliche Verwaltung des Wohnortes

Am 10.7 gab der Sondergast Nicolas Sarkozy in der wichtigsten politischen Sendung des nationalen Fernsehsenders „France 2“ seine Meinung zu den GIR und zu der Banlieue-Problematik bekannt. Er meinte ausdrücklich: „Ordnungskräfte müssen die Gebiete wieder erobern, die verloren gegangen sind. Nehmen wir ein Beispiel. Es gibt eine Plattenbausiedlung in einer Stadt namens Dammarie-lès-Lys, in die sich weder die Polizei noch die Gendarmerie trauen. Da hatten die Leute seit Jahren Angst. Die GIR des Départements war vor ein paar Tagen da. Der Einsatz ist aus einem rein strafrechtlichen Standpunkt enttäuschend gewesen. Für diejenigen aber, die da wohnen, und die Mehrheit von ihnen sind anständige Leute, die nur um eins bitten: In Ruhe leben, also die haben sich endlich gesagt: ‚Wir sind nicht mehr verlassen‘“.

Zwei Themen wurden vom Innenminister schön hervorgehoben. Das eine ist die Wiederherstellung des umfassenden territorialen Anspruches staatlicher Herrschaft. Das zweite ist die Gewährleistung von Ruhe und Sicherheit durch den Staat. Die Intervention der GIR beruht damit *auf einer Ökonomie der Verwaltung und der Angst*. Nun irrte sich der Innenminister, sicherlich ohne es gewusst zu haben. Es wurde in der Tat keine GIR nach Dammarie-lès-Lys geschickt, es wurde kein Sondereinsatz bestellt, sondern nur ein außergewöhnlicher Routineeinsatz. Lassen Sie mich diesen wichtigen Punkt erklären und damit meinen Vortrag abschliessen.

Im Gebäude des Bas-Moulin lebt Frau Lasmari, die wie alle anderen Plattenbaubewohner während des Einsatzes der angeblichen GIR kontrolliert wurde. Ihr Kind Abdelrak ist als Anwalt in Paris tätig. Als er über den Einsatz erfuhr, brachte er eine Beschwerde vor dem Gericht von Melun ein. Ihm wurden dann die rechtlichen Grundlagen der Intervention erklärt. Tatsächlich wurde keine GIR Gruppe am 24.6 ins Bas-Moulin entsandt. Es war einfach eine überdimensionale Polizeintervention, die auf zwei Säulen beruhte :

a) Was die Identitätskontrolle angeht, so verordnete der Staatsanwalt eine sog. „Faustschlag“ Intervention, d.h. im Rahmen des Artikels 78-2 frz. StPO (Gesetz 23.8.93) eine massive verdachtsunabhängige Identitätskontrolle. So eine Kontrolle gehört zum normal geltenden Recht, zur *Routine der Gefahrenabwehr* (Jobard, 2001, S. 165-176).

b) Was die Räumung des Vereinslokals anbelangt, so beruhte diese spektakuläre Intervention auf dem vom Bürgermeister ein paar Tage zuvor geäußerten Verdacht, Hi-Fi Material wäre während des Stadtgemeinde-fests vom 22.6 gestohlen worden, und Mitglieder des Vereins wären die Täter gewesen. Dadurch ist diese Intervention, wenn auch leicht unverhältnismässig, eine *ganz normale Intervention im Rahmen aber ihrerseits einer polizeilichen Ermittlung*.

Zugleich müssen auch übliche Veralltäglichungsinstrumente zur Produktion einer intimen Beziehung zwischen den Einzell Polizisten und den mobilisierten (und darüber hinaus auch den nicht-mobilisierten) Jugendlichen in Dammarie-lès-Lys. Instrumente davon sind der Gebrauch der Beschuldigung wegen „Widerstand gegen die öffentliche Gewalt“ oder häufiger wegen „Beleidigung der öffentlichen Gewalt“.

Artikel 433-5 des frz. SGB bestraft jede Beleidigung gegen einen Inhaber der öffentlichen Gewalt mit max. 6 Monaten Haft und 7500 € Bussgeld. Diese Strafmassnahme wurde während meines Aufenthaltes in Dammarie im Laufe des Sommers 2002 mehrmals angewendet gegen sowohl Teilnehmer an der politischen Mobilisierung wie auch aus dem Bas-Moulin abstammende Außenstehende. Diese Technik erscheint uns als eine der Hauptressource zu Verankerung und Habitualisierung einer Sonderbeziehung zwischen der Polizei und den Mobilisierten.

C) Die Beleidigung gegen die öffentliche Gewalt als Technik der Bestimmung der Beziehung zu den Polizierenden

In diesem Bereich ist vor all anderen Dingen ab 2000 ein spektakulärer Aufschwung strafgerichtlicher Entscheidungen aufgrund dieser zwei besonderen Beschuldigungen des Gerichtes von Melun vorzubemerkend (s. Tabelle – Quelle: Jobard/Zimolag, i.E.). Da die Wahrscheinlichkeit einer polizeilichen Registrierung jenes Vorstoßes immer sehr stark an die polizeiliche Erwartung positiver Gerichtsentscheidungen (Bürgerrechte und Polizei, 2004), kann hier zweifellos der beobachtete Aufschwung auf der Seite der Justiz als ein grünes Licht hinsichtlich der Weitergabe solcher Tatbestände zu der Staatsanwaltschaft verstanden werden. Die Eigenartigkeit solcher Vorstöße gegenüber anderen möglichen Straftaten braucht auch hier nicht weiter erklärt zu werden: Solche Vorstöße sind dadurch definiert, dass sie von Beamten „festgestellt“ werden, die gleichzeitig aber auch sich als „Opfer“ der gleichen Taten erklären. Interessant sind aber die zwei sekundären, kolateralen Gebrauchsformen dieser Anschuldigungen.

a) Der staatsanwaltschaftliche Gebrauch des Opportunitätsprinzips als politische Waffe

Am Tag der Räumung des Lokals durch Polizisten fragte Kader Berrichi nach dem

Erlaubnis, ein paar Sachen aus dem Lokal zu holen, um die in den Zelt zu transportieren, den sie am Fuss des Plattenbaus als neue Heimat des Lokals eingerichtet hatten. Nachdem er einmal in den Raum hin und zugehen, wurde er von einem weiteren Polizisten, der sich hinter seinem Schild schützte behindert, in den Raum hineinzugehen. Mit Empörung schiebte Kader Berrichi den Beamten und beschimpfte ihn mit einem kurzen und gleichwohl klassischen Spruch (wie „Ficke deine Mutter“). Der Polizist stellte eine Beleidigung fest.

Es ging den Jugendlichen diese Woche darum, ein politisch-öffentliches Treffen am Samstag dem 6.7 Juli zu organisieren. Als die Jugendliche ihr Vorhaben bekanntgaben, stellte der Bürgermeister einen Gemeindenerlass ein, im Name dessen aufgrund des „Unsicherheits- und Spannungsklima, das seit einem Monat in der Stadt herrscht“. Am 5.7, dem Tag vor der geplanten Kundgebung, wurde Kader Berrichi in die Polizeistation gerufen, wegen eines Verfahren, von dem er betroffen sei, wie es in solchen Fällen ausformuliert wird. Als er da ankam, wurde er von einem ganz höflichen Polizeibeamten empfangen und erhielt eine sofortige Polizeigewahrsammaßnahme (dann von dem Staatsanwalt zugebilligt). Eine Verhandlung mit dem Préfet wurde nach der Verhaftung von Kader Berrichi von Samir Baaloudj weitergeführt, der als sofortige Massnahme die Freilassung vom Präsidenten des Vereins Kader Berrichi verlangte. Nach zwei Stunden Verhandlung mit der Préfecture gab der Vize-Préfet Samir Baaloudj sein Wort darüber, dass Kader Berrichi in der kürzesten Zeit befreit wird, was er tatsächlich eine Stunde später wurde.

Aus diesem Geschehen lässt sich dann herausheben, dass die Feststellung der Beleidigung und der zu ihr angeschlossenen möglichen Maßnahmen eine reine politische Waffe ist, deren Gebrauch die Kontaktfläche zwischen Polizei und Politik aufdeckt. Interessant ist dabei, dass solche Polizeimaßnahmen, die aber vom Staatsanwalt zugebilligt werden müssen letztendlich von der Politik, also von der Exekutive stark abhängig sind, ohnedies die Aufhebung des Gewahrsams und die Freilassung von Kader Berrichi nicht möglich gewesen wäre. Interessant ist auch zu bemerken, dass der Anlass der Feststellung der Beleidigung am gewöhnlichen Verhalten von Kader Berrichi hielt. Hier deckt sich eine besondere Verflechtung zwischen ritualisiertem Verhalten, strafrechtlicher Reaktion und politischem Einsatz, auf die ich später zurückkommen werde.

b) Die zivilrechtliche Gerichtsentscheidung für Beleidigung als Veralltäglicung der persönlichen Beziehung zwischen Polizisten und Mobilisierten

Als am 1.7 Kader Berrichi eine Beleidigung ausgesprochen wurde, stellten sich insgesamt 8 Polizeibeamten als zivilrechtliche Parteien (jeder von den acht Beamten hätte die Beleidigung gehört und von daher sich als Opfer betrachtet) und verlangten damit jeweils Vergütungen. Solche ausgesprochene Verurteilungen sind jedesmal das Mittel, eine dauerhafte persönliche Beziehung zwischen dem Verurteilten und den Klägern, also den Polizisten, herzustellen.

Dazu müssen aber noch zwei Betrachtungen unbedingt gezogen werden:

- Diese Technik ist eine zeitliche Technik. Sie trägt dazu bei, die Beziehung vom von Polizei und Polizeiklientel *dauerhaft wenn nicht ewig zu personifizieren*. Wenn laut Max Weber die positiv-rechtliche Norm Konkretisierung der entzauberten Moderne ist, muss man feststellen, dass die Verwaltung in Dammarie-lès-Lys auf einen *starken Re-Personifizierung der Beziehung zum Staate* zurückführt.
- Als laut dem Beispiel von der gegen Kader Berrichi am 1.7 festgestellten Beleidigung schon gesagt, sind nicht alle Beleidigung reine Erfindung von böartigen und geldgierigen Polizisten. In dem Fall hatte sich zweifellos Kader beleidigend gegenüber einem Polizisten gezeigt und die Tatsache wurde von dem Täter nie bestritten. Dass insg. 8 Polizisten sich angegriffen erklärten weist

zwar auf eine andere Problematik hin, nämlich auf die Tatsache, dass die Feststellung der Beleidigung *nur in Grenzfällen reine Souveränitätsausdruck des Polizisten ist*, aber in den meisten Fällen von der Ermessung der konkreten Situation seitens des Polizisten abhängt. Was hier unbedingt ins Visier behalten werden muss, ist eben, dass die Logik der Situation, d.h. soziologisch gesehen all was die Situation von der persönlichen Beziehung zwischen dem konkreten Individuen und dem konkreten Polizisten mit sich trägt, darüber entscheidet, ob eine Beleidigung festgestellt wird oder nicht. Ein der besten Beispiele darüber wird von S. Baaloudj verkörpert, dessen Strafregister vor dem „Protest Sommer“ ausschließlich drei (meistens Bussgeld und Gefängnis auf Bewährung) Verurteilungen enthält (1998 wegen Beleidigung geg. die öff. Gewalt; 1999 wegen einem Vorstoß + einem Beleidigungsfall; 2000 wegen Beleidigung). Dieser strafrechtliche Laufbahn wurde Ende Mai, Anfang Juni 2002 besonders beschleunigt: Feststellungen einer Beleidigung gegen einen Polizisten am 26. Mai, gegen zwei Polizisten am 27. Mai, gegen einen weiteren Polizisten am 30. Mai.

Insgesamt ist festzustellen, dass das Merkmal der Plattenbausiedlung als politischem Ort nicht darin besteht, dass dort Mittel des Ausnahmezustandes angewendet werden, sondern im Gegenteil, dass dort im Rahmen des ganz normalen Rechts außergewöhnliche Politik betrieben wird; was eigentlich gegen die verbreitete These einer verallgemeinerten „Ausnahmezustand als Weltordnung“ spricht (sei es aufgrund Fingerabdruckaufnahme am Schalter U.S. Fluggesellschaften oder aufgrund einer angeblichen Verallgemeinerung des Lagers als Ort der gegenwärtigen Politik – s. insb. Agamben, 2003, S. 33). Dies führt u unserem Schluss: was ist die politische Geographie der Plattenbausiedlungen von Dammarie-lès-Lys?

Schlussbetrachtungen

Das Ziel meiner Forschung lag darin, die Eigenschaften der Banlieue als besonderen Ort des politischen Raums zu definieren. Zunächst möchte ich noch einmal auf das (teilweise soziologische) Allgemeinverständnis der Banlieue zurückkommen. An erster Stelle scheint mir hier interessant, dass einfache Perspektiven- und Skalenveränderungen die Grundelemente der Allgemeinvorstellung stark schwanken lassen. Der Perspektivenwechsel besteht darin, Ereignisse statt Strukturen unter die Lupe zu nehmen und damit die tatsächlich vorhandenen Kräfte hervorzuheben, die den Ort bestimmen. Die Skalentransformation besteht aus einer Art „*thick description*“, wovon in der Einleitung die Rede war.

Im Endeffekt umfaßt die Analyse die Vielfalt gegensätzlicher Interessen, Handlungsrepertoire und politischer Effekte der verschiedenen Institutionen, die wir auch (in einem Weberianischen Versuch, das konkreteste Handeln des Staates, d.h. seiner individuellen Beamten, zu verstehen) auf die einzelnen Beamten, lokale oder staatliche Amtsträger, zurückgeführt haben. Auf der Ebene der konkreten Existenz der Menschen und ihrer Gesellschaft greifen Gebilde wie „der strafende Staat“ oder „der permanente Ausnahmezustand“ nur sehr kurz, oder nur im weitesten Sinne, als makroskopische Beobachtungsinstrumente und Begriffe. Dies fängt mit dem Staatsbegriff an: Wird der Staat durch den Bürgermeister, durch den Préfet, durch den einzelnen Polizisten, oder gar durch die öffentliche Meinung (die ausschließlich die „Staatsargumente“ widerspiegeln soll) repräsentiert? Wie die lokale politische Krise in Dammarie gezeigt hat, kann auch die zementierte Front der diversen Behörden zerbröckeln, der Bürgermeister Gegenstand eines strafrechtlichen Verfahrens werden, oder gar der Staatsvertreter (der Préfet) Druck auf die Staatsanwaltschaft ausüben, damit jemand aus der Polizeistation entlassen wird. Menschen verfügen an den Bann-Orten über soziale Existenzformen, die vielleicht Sonderbedingungen unterworfen, aber keineswegs ins Jenseits der Anomie und des Nichts verlagert sind.

Damit habe ich jedoch nur auf die Vielfalt der kollektiven Lebensformen in den Banlieues hingewiesen, was bereits etliche andere in unterschiedlicher Weise getan haben. In welchem Teil des politischen Raums liegt die Banlieue, wenn sie weder im Kern der Öffentlichkeit noch im politischen Jenseits verortbar ist? Was ist die politische Geographie der Plattenbausiedlungen einer Banlieue-Stadt des Pariser Großraums? Mit routinemäßigen Polizeieinsätzen wird versucht zu verhindern, dass die Banlieue durch politische Mobilisierung ein öffentlicher Ort wird. Durch die wiederholte und intensiviertere Anwendung normaler polizeilicher Mittel wird eine intime Beziehung zwischen den Banlieuebewohnern und den Trägern des Gewaltmonopols etabliert. Durch die Instrumentalisierung der Religion der Aktivisten wird versucht, den Ort jenseits des politischen Raums in den Raum des internationalen Terrorismus abzuschieben.

Hier gelangt man an die Grenzen einer Erklärung der *micro-storia*: aus dem Einzelereignis können nur begriffliche Perspektiven abgeleitet werden, aber leider keine universellen Schlussbetrachtungen. Zur begrifflichen Bestimmung der politischen Geographie der Plattenbauten muss hier eine generelle Unterscheidung zwischen zwei Konzeptionen des Raums eingeführt werden, nämlich zwischen dem *Topos* und dem *Chôra*. *Topos* verweist auf den physischen, kartographierbaren Raum. *Chôra* verweist im Gegensatz dazu auf den Raum der menschlichen Existenz (s. Berque, 2000, und zum ursprünglichen Begriff der *Chôra* bei Plato, Derrida, 1993). *Chôra* beschreibt eine Raumkonzeption, die den Raum nicht als von seinen „Bewohnern“ getrennt versteht. Der Raum haftet

somit seinen Bewohnern in gewisser Weise an, wie auch umgekehrt die Bewohner dem Raum.

Unbestimmt waren die Bedingungen des Todes von Mohamed Berrichi (diesen ersten Satz finde ich hier deplaziert). Die politische Sozialisierung der Mobilisierten bezog sich auf den Justizbereich «Gewaltgebrauch durch Polizisten». Der Anspruch der im justiz- und polizeipraktischen Alltag des Wohnorts verwurzelten Mobilisierung bestand genau darin, den Wohnort dem Polizeimonopol zu entreißen und in die Öffentlichkeit zu bringen. Eine Öffentlichkeit setzt aber vor allem eine Abgrenzung der Sphären des Privaten und des Öffentlichen voraus (Habermas, 1978, Sennett, Datum?). Die Eigenartigkeit und die Intensität der Verwaltungsmittel, die gegen die Mobilisierten angewendet wurden (sowohl die Abriegelungsversuche des Ortes als auch die kontinuierliche und dadurch intime Beziehung der Polizei und der Justiz zu diesem Ort) schreibt die Mobilisierten immer wieder ihrem Ort, ihrer *Chôra* zu. Die Plattenbausiedlung bildet folglich keine Öffentlichkeit, sondern den Ort einer alltäglichen Intimität zur Verwaltung, zum dichten Netz der polizeilichen und lokalen staatlichen Behörden. Der Ort ist dadurch kein Gefängnis unter freiem Himmel. Nicht nur, dass der Ort eine gewisse politische Subjektivität bei den Mobilisierten herstellt, die sogar ihre eigene kollektive Sprache entwickeln. Diese Stärke der Mobilisierung kann auch zu einer gewissen Aufdröselung des Behördennetzes führen und damit neue Spielräume schaffen. Der Topos des Ortes schafft eine *Chôra*, die dort vielleicht die notwendige Vorstufe einer künftigen Öffentlichkeit ist.

Hinweise

Abbott, Andrew (2003), La description face à la temporalité. In: Blundo, Giorgio/Jean-Pierre Olivier de Sardan (hrsg.), *Pratiques de la description*. Paris: EHESS/Enquête.

Abdallah, Mogniss (2000), J'y suis, j'y reste ! Les luttes de l'immigration en France depuis les années soixante. Paris: Indymedia.

Agamben, Giorgio (2003), Der Gewahrsam. Ausnahmezustand als Weltordnung. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 92, 19. April, S. 33.

Bachmann, Christian/Nicole le Guennec, *Autopsie d'une émeute*. Paris: Albin Michel, 1997.

Bailey, David (1969), *Stratagems and Spoils. A Social Anthropology of Politics*. Beaud, Stéphane/Michel Pialoux (2003), *Violences urbaines, violence sociale. Sur la genèse des nouvelles classes dangereuses*. Paris: Fayard.

Benford, Robert/David Snow (2000), Framing processes and social movements. An overview and assessment. In: *Annual Review of Sociology*, 26, S. 611-639.

Berque, Augustin (2000), *Ecumène. Introduction à l'étude des milieux humains*. Paris: Belin.

Body-Gendrot, Sophie/Dominique Duprez (2002), Security and prevention policies in France in the 1990s. In: Dominique Duprez/Patrick Hebberecht (hrsg.), *The prevention and security policies in Europe*. Brüssel: Brussel university press, S. 95-132.

Boltanski, Luc/Eve Chiapello (2001), Die Rolle der Kritik in der Dynamik des Kapitalismus und die normative Veränderung. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 4, S. 459-478.

Bonelli, Laurent (2001), Renseignements généraux et violences urbaines. In: *Actes de la recherche en sciences sociales*. 136-137, S. 95-103.

Bourdieu, Pierre (1981): Vorwort zur frz. Version von Lazarsfeld, Paul (et al.), *Les chômeurs de Marienthal*. Paris: Minuit, S. 7-12.

Bourdieu, Pierre (Hrsg.) (1993?), *Das Elend der Welt. Ort? Verlag?*

Busch, Heiner (2004), Die Polizei und ihre Statistik. In: *Bürgerrechte und Polizei*. 77, S. 6-12.

Castel, Robert (1989), *Institutions totales et configurations ponctuelles*. In: *Le parler frais d'Erving Goffman*. Paris: Minuit.

Cefaï, Daniel/Danny Trom (2002), *Les formes de l'action collective*. Paris: EHESS/Raisons pratiques.

Cesari, Jocelyne (1998), *Musulmans et Républicains, L'islam, les jeunes et la France*. Brüssel: Complexe.

Cesari, Jocelyne (2002), *Islam de l'extérieur, musulmans de l'intérieur. Deux visions après le 11 septembre 2001*. In: *Cultures et conflits*, 44 (www.conflits.org).

Chantraine, Gilles (2003), *Prison, désaffiliation, stigmates. L'engrenage carcéral de 'l'inutile au monde' contemporain*. In: *Déviance et société*, 27, S. 363-388.

Collovald, Annie (2001), *Des désordres sociaux à la violence urbaine*. In: *Actes de la recherche en sciences sociales*. 136-137, S. 104-113.

Derrida, Jacques (1993), *Chôra*. Paris: Galilée.

- Dobry, Michel (1986), *Sociologie des crises politiques. La dynamique des mobilisations intersectorielles*. Paris: Presses de la FNSP.
- Dodier, Nicolas (1994), Causes et mises en cause. Innovation sociotechnique et jugement moral face aux accidents du travail. In: *Revue française de sociologie*, 35, S. 251-281.
- Duprez, Dominique (2002), Children of migrant in French suburban cities. An uncertain Future. In: *The international scope*. 4, S. 141-149.
- Duprez, Dominique/Michel Kokoreff (2000), *Les mondes de la drogue*. Paris: Odile Jacob.
- Fillieule, Olivier (1997), *Stratégies de la rue*. Paris: Presses de la FNSP.
- Gaïti, Brigitte (1994) Les ratés de l'histoire. Une manifestation sans suite : le 17 octobre 1961. In: *Sociétés contemporaines*, 20, S. 11-37.
- Gamson, William/Bruce Fireman/Steve Rytina (1982), *Encounters with unjust authorities*. Homewood: Dorsey Press.
- Goffman, Erving (1969), *Strategic Interactions*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Habermas, Jürgen (1978), *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hoggart, Richard (1957), *The uses of literacy*. Ort?: Chatto and Windus.
- Hyman, Henri (1959), *Political Socialization*. Glencoe: Free Press.
- INSEE (Institut national de la statistique) (1999), *Recensement de la population 1999, données principales et complémentaires* [www.recensement.insee.fr].
- Jobard, Fabien (2001) Die polizeiliche Konstruktion der Subjektivität. In: Deck, Jan/Sarah Dellmann/Daniel Loick/Johanna Müller (hrsg.), *Ich schau Dir in die Augen, gesellschaftlicher Verblendungszusammenhang! Texte zur Subjektkonstitution und Ideologieproduktion*. Mainz: Ventil.
- Jobard, Fabien (2002), *Bavures policières ? La force publique et ses usages*. Paris: La Découverte.
- Jobard, Fabien (2003a), Counting violence committed by the police: raw facts and narratives. In: *Policing and Society*. 13, 4, S. 423-428.
- Jobard, Fabien (2003b), Analyse narrative d'une dynamique d'écroulement. *La Volkspolizei* face aux manifestants de Leipzig, 9 octobre 1989. In: *Cahiers du Centre Marc Bloch, Berlin*, 14 (www.cmb-hu.de).
- Jobard, Fabien/Dominique Linhardt (2003), Der Kontrolleur und Verwalter. Vergleichende Pragmatik zweier Modalitäten des 'Polizierens'. In: Allmendinger, Jutta (hrsg.), *Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der DGS*. Leske+Budrich, CR-Rom, 7 Seiten.
- Jobard, Fabien/Marta Zimolağ (i.E.), Forms and evolution of crimes against police officers, Court of Melun (1965-2003). In: *Penal Issues, CESDIP*.
- Juhem, Philippe (2000), "Civiliser" la banlieue. Logiques et conditions d'efficacité des dispositifs étatiques de régulation de la violence dans les quartiers populaires. In: *Revue française de Science Politique*, 50, S. 53-72.
- Juhem, Philippe (2001), Entreprendre en politique. De l'extrême gauche au PS : la professionnalisation politique des fondateurs de SOS-Racisme. In: *Revue française de science politique*. 51, S. 131-153.
- Kepel, Gilles (1991), *Les banlieues de l'islam. Naissance d'une religion en France*, Paris, Seuil, first published 1987, 2nd edition 1991
- Lagroye, Jacques (hrsg.) (2004), *La politisation*. Paris: Belin.
- Lee, John (1981), Some structural aspects of police deviance in relations with minority groups. In: Clifford Shearing (hrsg.), *Organisational police deviance. Its structure and control*. Toronto: Toronto University Press, S. 49-83.

- Levi, Giovanni (1991), On micro-history. In: Peter Burke (hrsg.), *New perspectives on historical writings*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lissouck, Félix François (2004), Le statut juridique des Groupes d'intervention régionaux entre Etat de droit et logique sécuritaire. In: *Revue des sciences criminelles*. April-Juni, S. 267-282.
- Mc Adam, Doug (1998), *Freedom Summer*. London: Oxford.
- Luhmann, Niklas (1996), *Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Mc Adam, Doug (1986), Recruitment to high-risk activism. The case of freedom summer. In: *American Journal of Sociology*, 92, S. 64-90.
- Mauger, Gérard/Claude Fossé-Poliak (1983), Les loubards. In: *Actes de la recherche en sciences sociales*, 50, S. 49-67.
- Obergfell-Fuchs Joachim/Helmut Kury/Philippe Robert/Renée Zauberman/Marie-Lys-Pottier (2003), Opferbefragungen in Deutschland und Frankreich. Unterschiedliche Konzeptionen und Vorgehensweise. In: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 86.
- Piven, Frances/Richard Cloward (1977), *Poor people's movement. Why they succeed, how they fail*. New York: Vintage.
- Revel, Jacques (1989), L'histoire au ras du sol. Vorwort zur frz. Fassung von Giovanni Levi, *L'eredità immateriale*. Paris: Gallimard.
- Schedler, Andreas (2001), Taking uncertainty seriously. The blurred boundaries of democratic transition and consolidation . In: *Democratization*, 8, S. 1-22.
- Schelling, Thomas (1960), *The strategy of conflict*. Cambridge: Harvard College.
- Sennett, Richard (Datum?), *Die Tyrannei der Intimität. Ort?*
- Snow, David et al. (1986), Frame alignment processes, micromobilization, and movement participation. In: *American Sociological Review*. 51.
- Tissot, Sylvie (2004), Identifier ou décrire les „quartiers difficiles“, le recours aux indicateurs statistiques de la politique de la ville. In: *Genèses*, 54, S. 92-111.
- Wacquant, Loic (2001), Logiken urbaner Polarisierung. Der Blick „von unten“. In: *Berliner Journal für Soziologie*. 4.
- Waldenfels, Bernd (1997), *Topographie des Fremden*. Frankfurt: Suhrkamp.

Résumé

Reprenant le fil de son étymologie, la sociologie décrit la banlieue comme un lieu à part, où la vie commune serait soumise à des lois propres : la banlieue est le lieu de mise au ban des relations sociales ordinaires. Les sociologues qui entreprennent de réfuter cette hypothèse se livrent soit à la reconstruction historique des causes de la mise au ban, soit à la documentation du fait que, là-bas aussi, il y a de la vie. Mais nul ne s'interroge vraiment sur la géographie politique de ces lieux : par quels moyens se tissent les liens politiques au sein de ces ensembles urbains, comment ces liens politiques assurent-ils, ou n'assurent pas, l'ouverture à l'universel ? L'enquête s'attache ici au suivi actif d'un événement local tout à fait singulier, une mobilisation de la part de jeunes d'un grand ensemble de la ville de Dammarie-lès-Lys (Seine-et-Marne), dans un contexte de forte tension avec les pouvoirs publics locaux, la justice et la police nationale. Cette mobilisation, née de deux décès de jeunes survenus lors d'interactions avec la police (fin mai 2002), se développe dans une ville où, dans les mêmes circonstances, en décembre 1997, ce furent l'émeute et les violences collectives qui répondirent au décès d'un jeune sous une balle tirée par un policier. L'examen des ressorts de cet événement permet ainsi, en conclusion, d'esquisser une notion propre de l'espace politique des cités de banlieue.

Vororte französischer Grossstädte werden üblicherweise als „Banlieue“ bezeichnet, ein Ausdruck aus dem mittelalterlichen Recht, der ursprünglich etwa „Bann-Orte“ bedeutete. Es mag auf diese Bezeichnung zurückgehen, dass diese Gegenden in der französischen Soziologie als Orte beschrieben werden, wo außerordentliche Gegebenheiten das Gemeinleben prägen: „Banlieues“ wären in diesem Sinne aus den üblichen gesellschaftlichen Verhältnissen „verbannt“. Der Beitrag versucht dagegen, diese Sicht auf die politische Geographie solcher Orte infrage zu stellen und zu untersuchen, wie hier politisch gehandelt wird und ob sich über dieses Handeln Anschlüsse an die umfassendere politische Öffentlichkeit ergeben. Gegenstand der empirischen Untersuchung ist die politische Mobilisierung von Jugendlichen in den Plattenbausiedlungen des Pariser Vorortes Dammarie-lès-Lys, die sich in einem besonderen gespannten politischen und polizeilichen Kontext entfaltete. Diese Mobilisierung begann im Mai 2002 als Reaktion auf zwei tödliche Begegnungen mit der Nationalpolizei - dies in einer Stadt, wo ein ähnlicher Tod Dezember 1997 zu Aufständen und Plünderungen führte. Kollektive Gewalt und Anomie in Dezember 1997 steht fünf Jahre später eine politische Mobilisierung gegenüber – wenn auch unter der ehernen Aufsicht der Polizei und der lokalen Politik. Die teilnehmende Beobachtung der Ereignisse des Jahres 2002 soll einen Beitrag dazu liefern, die politische Geographie der Plattenbausiedlungen französischer Vororte soziologisch zu definieren.

Der Autor

Fabien Jobard (33) ist Doktor in Politikwissenschaft und Forscher am Centre de recherches sur le droit et les institutions pénales.

Er untersucht die Dialektik öffentliche Ordnung/politische Ordnung unter anderen auf folgenden Feldern: Die Zusammenführung der Berliner Polizei (1989-90), der Gebrauch der physischen Gewalt durch die französische Polizei, die Konfrontationen Polizei/Polizeiklientel in den französischen Vorstädten.

Veröffentlichungen:

Bavures policières ? La force publique et ses usages. Paris : La Découverte, coll. "Textes à l'appui", 2002.

"Counting violence committed by the police: raw facts and narratives", *Policing and Society*, 13, 4, décembre 2003, p. 423-428.

"Usages et ruses des temps. L'unification des polices berlinoises après 1989", *Revue française de science politique* (Paris), 53, 3, juin 2003, p. 351-381.